

Alexander Bonde

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist die größte Absenkung von Beiträgen zur Sozialversicherung, die es je gegeben hat!)

Das Hin und Her geht auch bei Ihrer geplanten **Gesundheitsreform** weiter. Sie haben in Ihren nebulösen Eckpunkten angekündigt, die Steuerzuschüsse für die GKV ab 2008 wieder zu erhöhen. In diesem Jahr werden sie aber erst einmal gesenkt. Man muss sich doch irgendwann einmal entscheiden, was man will. Oder läuft es jetzt so: Dieses Jahr regiert die SPD und im nächsten Jahr regiert die CDU/CSU in diesem Bereich; entsprechend wird immer munter aufgestockt bzw. abgesenkt, bis keiner mehr weiß, wohin die Reise geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Schlimme ist, dass Sie mit Ihrer Politik keine der Fragen beantworten, die sich, bedingt durch den demografischen Wandel, in den nächsten Jahren immer drängender für uns stellen. Sie alle kennen die Situation und wissen, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren in den kommenden 40 Jahren verdoppeln wird. Sie wissen, dass wir schon heute strukturelle Probleme bei den Sozialausgaben haben. Sie wissen auch, dass wir in der Verantwortung stehen, heute dafür zu sorgen, dass uns die Verschuldungsproblematik nicht dann noch zusätzlich belastet, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und uns die Bugwelle der Kosten trifft.

- (B) Sie wissen weiterhin: Die Höhe der expliziten **Staatsverschuldung** in Höhe von 60 Prozent des BIP ist nur ein kleiner Teil dessen, was wirklich auf uns zukommt. Die implizite Staatsverschuldung – sie ergibt sich aus Ansprüchen in den umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystemen und aus ungedeckten Pensionszusagen – schlummert in den öffentlichen Haushalten und macht das Doppelte des BIP aus. Angesichts dieser Situation finde ich es umso dramatischer, dass Sie dieses konjunkturelle Umfeld nicht wirklich nutzen, um auch auf der Ausgabenseite etwas mehr Mut zu zeigen. Sie sollten mehr tun, als nur die Einnahmen, die ihnen in die Kasse gespült werden, als Konsolidierung zu verkaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang muss auch über die Erhöhung der **Mehrwertsteuer** gesprochen werden; darüber haben wir hier schon vielfach diskutiert. Der Finanzminister hat heute erklärt, dass er den Vorschlag der Grünen ablehnt. Sie haben sich vorab festgelegt und sind nicht bereit, von der Erhöhung der Mehrwertsteuer abzugehen. Sie sind auch nicht bereit, sie nur dosiert zu erhöhen. Heute Vormittag haben Sie erklärt, dass das Ihrer Ablehnung gegenüber Fortsetzungsromanen geschuldet ist. Ich muss ehrlich sagen: Für mich ist die persönliche Literaturpräferenz nicht so entscheidend wie die Frage, wie wir das Wachstum in diesem Lande fördern können, anstatt es abzuwürgen; denn das sehen Ihre Pläne vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle müsste man eigentlich über viele weitere Aspekte des Haushaltsentwurfs sprechen. In der

zweiten und dritten Lesung werden wir Ihnen sehr deutlich sagen, an welchen Stellen der verschiedenen Einzelpläne Sie es versäumt haben, das Ruder herumzureißen. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nur heiße Luft beim letzten Mal! Das wird diesmal nicht anders sein!)

Die Koalition täte gut daran, nicht so großspurig zu tönen, wie Herr Kampeter in der ersten Reihe, sondern die Haushaltsberatungen im Ausschuss zu nutzen. In diesem Haushaltsentwurf steckt noch viel Arbeit. Bisher ist kaum ein Haushaltsentwurf in das Parlament eingebracht worden, an dem noch so viel zu tun war, wie an diesem.

Der Verteidigungsminister scheut sich vor Reformen in seinem Bereich und kündigt deshalb an, dass er mehr Geld brauchen wird. Auch andere Minister schielen bloß auf die riesigen Einnahmeberge und warten darauf, dass auch für sie etwas abfällt. Die Ausgabefreudigkeit dieser Koalition ist ungebrochen. Der Reformwille dieser Koalition ist nicht erkennbar. Wenn Sie sich weiterhin große Koalition nennen wollen, müssen Sie sich schon etwas Besseres einfallen lassen.

Die Kanzlerin hat in diesen Tagen verkündet, man solle die Zukunft nicht verbrauchen. Genau das tut die Regierung aber mit diesem Haushalt, und das ohne Not. Ich kann nur hoffen, dass die Reden Ihrer Kanzlerin irgendwann einmal in Ihren eigenen Reihen ankommen und Sie irgendwann einmal einen Haushalt aufstellen, der das, was hier verkündet wird, nicht widerlegt. Darauf müssen wir wohl leider, wenn ich Ihre Debattenbeiträge richtig verstanden habe, noch sehr lange warten. Das können wir uns nicht leisten. Packen Sie es an! Machen Sie endlich etwas daraus! (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: In welcher Welt leben Sie eigentlich? Ein Zerrbild der Wirklichkeit!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Merkel, SPD-Fraktion.

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Lob auf die Kanzlerin in meine Rede einsteigen; denn wenn sie Recht hat, hat sie Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Frau Bundeskanzlerin Merkel hat gesagt, dass sich Gerhard Schröder mit der **Agenda 2010** um Deutschland verdient gemacht hat. Ich finde, es ist mutig und zeugt von Größe, dass die Bundeskanzlerin das anerkennt. Gerhard Schröder, Hans Eichel, die SPD, die Grünen und die CDU/CSU haben gemeinsam – auch wenn es schwierig war, im Bundesrat zu Kompromissen zu kommen; Herr Ramsauer sagt, sie hätten es hingegeben – die Weichen für eine umfangreiche Reform gestellt. Reformen brauchen im Gegensatz zu Gesetzen, die schnell verabschiedet und auf den Weg gebracht

Petra Merkel (Berlin)

- (A) werden können, sehr viel Zeit, ehe sie Wirkung entfalten. Die Erfolge sind jetzt langsam spürbar.

An diesen Reformen waren zwei leider nicht beteiligt, und zwar auf der einen Seite die FDP und auf der anderen Seite Die Linke.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr wahr!

Sie haben sich davon verabschiedet. Das merkt man in allen ihren Beiträgen hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die große Koalition macht weiter. Zu Jahresbeginn hat sie mit dem Haushalt 2006 das zarte Pflänzchen Aufschwung unterstützt. Mehr als 400 000 Arbeitslose weniger, mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als im August letzten Jahres sind ein Indiz für den positiven Trend. Das macht Hoffnung.

Es war richtig, dass der Haushalt 2006 von einem Anschlag für die **Konjunktur** geprägt war, zum Beispiel durch das 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm und die Hinnahme einer hohen Nettokreditaufnahme. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist ein Renner. Es verbindet Maßnahmen zum Klimaschutz mit einem Programm für das Handwerk. Das ist eine Investition in die Zukunft. Übrigens, Herr Bonde, ist das ein Ergebnis von Genshagen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Der Vorschlag von Franz Müntefering, dass wir versuchen sollen, jetzt auch die öffentlichen Gebäude im Rahmen dieses Programms verstärkt energetisch zu sanieren, ist ein guter Vorschlag. Als weitere Beispiele nenne ich die zusätzlichen 6 Milliarden Euro bis 2009 für Wissenschaft und Forschung, die Hightechstrategie, durch die Ideen in Deutschland in Arbeitsplätze in Deutschland umgesetzt werden sollen.

Zum Erfolg gehört auch die Einhaltung des Maastrichtdefizitkriteriums bereits 2006 und, dass der Haushalt 2007 der in der Verfassung vorgeschriebenen Regelgrenze für die Kreditaufnahme – die Investitionen sollen über der Nettoneuverschuldung liegen – entspricht. Die anderen Haushalte waren übrigens auch verfassungsgemäß.

In den zukünftigen Investitionen ist ein Projekt enthalten, das für uns in der Region Berlin-Brandenburg und damit auch in den neuen Ländern, Herr Claus, erheblich wichtig ist, nämlich der **Großflughafen Berlin Brandenburg International**. Für dieses Investitions- und Entwicklungsprojekt ist der erste Spatenstich gemacht. Der Konsensbeschluss zwischen dem Bund, Berlin und Brandenburg zur Schließung der beiden innerstädtischen Flughäfen ist – trotz aller Spekulationen – gültig und nicht revidiert worden.

(Zuruf von der FDP: So ein Blödsinn!)

Der Bund wird die Anbindung des Flughafens zu einem großen Teil finanziell unterstützen und ist als Gesellschafter des BBI zusammen mit Berlin und Brandenburg mit im Boot. Es scheint trotz aller Verzögerungen sogar

zu gelingen, dass die Errichtung dieses großen Flughafens weniger Zeit in Anspruch nimmt als die des Flughafens München, die damals 22 Jahre betrug. Wie dem auch sei: Diese Großinvestition dient der Region und damit auch den neuen Ländern. Der Bund ist mit erheblichen Mitteln dabei. (C)

Die Steuergelder sprudeln; das ist nicht schlecht. Bereits in diesem Jahr sollen nach manchen Schätzungen 16 bis 18 Milliarden Euro zusätzlich an die Gemeinden, die Länder und den Bund fließen. Für den Bund wären das 3 bis 5 Milliarden Euro an **Steuermehreinnahmen**. Schon fragt die Presse: Was kann Steinbrück uns Gutes tun? Schon fragt sich die ARD am 5. September dieses Jahres: Was macht Finanzminister Steinbrück mit dem vielen Geld?

(Joachim Poß [SPD]: „Morgenmagazin“!)

Meine Antwort darauf lautet: Er passt darauf auf. – Am besten setzen Sie sich darauf.

(Beifall bei der SPD)

Der Finanzminister muss Begehrlichkeiten abwehren, um das zu erreichen, was wir alle wollen. Wir wollen raus aus dem Teufelskreis von immer mehr Neuverschuldung, immer mehr Zinsausgaben und immer geringerer Handlungsfähigkeit des Staates. Das ist allerdings nicht nur Aufgabe des Finanzministers.

Das ist die Aufgabe jeder und jedes Einzelnen von uns

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Otto Fricke [FDP]) (D)

in jedem Ausschuss, ob Fachausschuss, Haushaltsausschuss oder Finanzausschuss. Es ist sogar unabhängig davon, in welcher Partei man ist. Es ist auch Aufgabe der Ministerien und aller Verwaltungen.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Also bitte: Alle sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das angestrebte Ziel ist, die **Nettokreditaufnahme** bis 2010 auf 20 Milliarden Euro zu reduzieren. Wenn das schneller geht und die Nettokreditaufnahme geringer ausfallen kann, dann ist das umso besser. Aber wir sollten jetzt eher eine realistische Einschätzung abgeben, anstatt später unseren Vorgaben hinterher zu rennen. Insofern ist dieser Weg der richtige: runter mit der Nettoneuverschuldung, und das – da sind wir uns sicherlich alle einig – sobald wie möglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Schuldenstand in Deutschland beträgt 1 500 Milliarden Euro. Für den Bund beträgt er 950 Milliarden Euro inklusive Sondervermögen. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass das eine immense Zahl ist, deren Reduzierung für uns eine Kraftanstrengung sein wird. Es ist richtig, was Frau Merkel formuliert hat: Wir dürfen unsere Zukunft nicht verbrauchen. Dazu bedarf

Petra Merkel (Berlin)

- (A) es eines Mentalitätswechsels. Ein Mentalitätswechsel braucht Zeit; das haben wir auch in Berlin gemerkt. Es wird ein anstrengender Weg werden.

Sehen wir uns die Zahlen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2007 an: Die Gesamtausgaben betragen 267 Milliarden Euro. Darin sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt in Höhe von 6,5 Milliarden Euro enthalten, die von der Bundesagentur für Arbeit zur Senkung des Beitragssatzes zur **Arbeitslosenversicherung** verwendet werden. Ich finde, Herr Steinbrück hat sehr gut und plastisch geschildert, dass es sich hierbei um einen Betrag handelt, der lediglich durchgereicht wird,

(Otto Fricke [FDP]: Das gilt für fast alle Steuern!)

sodass die Ausgaben dieses Bundeshaushalts, verglichen mit dem Bundeshaushalt des Vorjahres, eigentlich niedriger sind. Auch das ist ein Aspekt der Konsolidierung.

(Otto Fricke [FDP]: Wollen Sie damit etwa sagen, dass auch der Rentenbeitrag nicht einzurechnen ist?)

Allerdings werden von den Gesamtausgaben in Höhe von 267 Milliarden Euro 122 Milliarden Euro allein für den Bereich Arbeit und Soziales ausgegeben werden, davon wiederum 78 Milliarden Euro für den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung. Das ist ein großer Anteil. Dessen sind wir uns bewusst.

- (B) Die Einnahmen betragen insgesamt 245,6 Milliarden Euro; davon werden 214 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen erzielt – ohne Nettokreditaufnahme. Diese Zahlen sprechen für sich. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, den Bundeshaushalt so zu sanieren, dass wir unser Ziel erreichen, nämlich die Nettoneuverschuldung drastisch zu senken.

Die **Mehrwertsteuererhöhung** ist immer wieder Thema. Ich sage ganz deutlich: Sie ist einkalkuliert und beschlossen. Wir erleben täglich, dass sich viele Firmen schon im Vorfeld auf die Mehrwertsteuererhöhung einstellen, sie in ihren Planungen für die Zeit nach dem 1. Januar 2007 berücksichtigen und versuchen, davon zu profitieren. So wird zum Beispiel ein Neuwagen schon jetzt ohne 16-prozentige Mehrwertsteuer angeboten und eine große Lebensmittelkette garantiert ihren Kunden, ab dem 1. Januar 2007 keine Preiserhöhungen durchzuführen. Das gilt übrigens nicht für diejenigen Artikel, die mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent versteuert werden, sondern für diejenigen, die künftig mit 19 Prozent versteuert werden.

(Otto Fricke [FDP]: Genau! Für Mineralwasser, Babywindeln usw.!)

Das ist ein Indiz dafür, dass im Augenblick niemand von uns sagen kann, wie sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die Produktpaletten und auf die Ausgaben jedes Haushalts auswirken wird. Wir wissen nur, was sie für unseren Haushalt bedeutet: Mehreinnahmen von insgesamt 19 Milliarden Euro. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass dieser Betrag nicht vollständig dem Bund zugute kommt. Dem Bund fließen

die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung zu, die (C) Länder erhalten die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung und die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung werden zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung verwendet. Durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von insgesamt 2 Prozentpunkten senken wir auch die Lohnnebenkosten. Es ist immer wieder wichtig, das zu betonen, insbesondere in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft.

Eines spielt hier immer wieder eine Rolle: Bei der **Bundesagentur für Arbeit** haben wir in diesem Jahr Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 8 Milliarden Euro zu verzeichnen, was zumindest teilweise auf den Einmaleffekt eines zusätzlichen Monatsbeitrags der Bundesagentur zurückzuführen ist. Wenn allerdings angesichts der aktuellen Überschüsse Beitragssatzsenkungen gefordert werden, dann ist das für mich ein typischer Reflex, der sich zum Teil auch in unserer Debatte widerspiegelt hat. Einige meiner Koalitionskollegen sagen ja bereits, wo überall Erhöhungen dringend notwendig sind bzw. in welchen Bereichen keine Privatisierungen durchgeführt werden dürfen; das ist das alte Spiel. Wir müssen uns darum bemühen, den Haushalt im Zaum zu halten. Das geht uns alle an, auch die Mitglieder des Fachausschusses.

Erst wenn erkennbar ist, dass es verlässlich und dauerhaft Spielräume gibt, kann man über Beitragssatzsenkungen reden, allerdings nur dann. Wenn die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren höher ausfallen als geplant, müssen wir sie für die Haushaltssanierung verwenden; denn auch der Haushalt für das Jahr 2007 ist (D) mit unbestreitbaren Risiken verbunden. Der Bereich „Arbeit und Soziales“, die Zinsentwicklung – noch profitieren wir vom Niedrigzins – und die Mehrwertsteuererhöhung können noch Einfluss auf die Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung haben. Wenn wir auf die von mir angesprochenen Forderungen, die in der einen oder anderen Etatberatung zu vernehmen waren, nicht eingehen, werden wir es schaffen, die Ausgaben zu senken.

Ich möchte noch auf einige andere Projekte zu sprechen kommen, für die der Haushalt 2007 steht. Als Beispiel nenne ich das **Elterngeld**.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist eine gute Initiative von Frau von der Leyen!)

Nun wird für Frauen und Männer endlich die Möglichkeit geschaffen, das erste Jahr nach der Geburt ohne größere finanzielle Einbußen mit ihrem Kind verbringen zu können. Der Wiedereinstieg in den Beruf geht nach einem Jahr besser und reibungsloser. Allerdings müssen die Länder entsprechende Kinderbetreuungsangebote vorhalten; sie sind da in der Pflicht. Wir haben in der großen Koalition die mit dem TAG, dem Tagesbetreuungsbaugesetz, begonnenen Programme zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren fortgesetzt. Im Wege der Entlastung der Kommunen stellt der Bund die Finanzierungsgrundlage für den Ausbau der Kinderbetreuung bereit. Dass die CDU/CSU in der großen Koalition mit uns diesen Schritt gegangen ist und auch das erfolgreiche Ganztagschulprogramm mit uns weiterführt, freut uns und viele Familien.

Petra Merkel (Berlin)

(A) (Beifall bei der SPD)

Das Land **Berlin** wird vom 1. Januar 2007 an für das letzte Kitajahr keine Gebühren mehr nehmen, und in den nächsten fünf Jahren sollen grundsätzlich keine Gebühren mehr für Kinder über drei Jahre erhoben werden – wie übrigens im armen Saarland schon üblich. Dann ist die Bildungseinrichtung Kindergarten mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz genauso kostenfrei wie die Schule. Damit wird das Land Berlin einen weiteren Schritt sowohl bei der Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten als auch bei der Bildung aller Kinder im Kindergartenalter tun. Wir erinnern uns: Im Sommer hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Professor Dr. Böhmer, mit Franz Müntefering und anderen einen Integrationsgipfel veranstaltet und Arbeitsgruppen eingesetzt. Für die Hauptstadt Berlin, für viele Städte in Deutschland und auch in Europa ist die Frage der Integration entscheidend. Es gibt nur eine Möglichkeit: Bildung, Bildung, Bildung, und das so früh wie möglich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das bedeutet, dass die Bildung in den Kindertagesstätten Vorrang haben muss.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie dann die Gebühren erst erhöht, Frau Kollegin Merkel?)

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen: Wir sind alle froh, dass Bonn die Umwandlung zur Bundesstadt gut bekommen ist, dass Bonn blüht. Die Berichterstattung in der Presse in den letzten Tagen über eine Veränderung des **Bonn/Berlin-Gesetzes** ist allerdings vorschnell.

(B)

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Es gibt keinen derartigen Beschluss. Richtig ist allerdings, dass die Koalition im Haushaltsausschuss erneut die räumliche Aufteilung der Bundesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden daraufhin überprüfen wird, wie kurz- oder mittelfristig Effizienzgewinne erreicht werden können. Dazu gehören auch Neubaumaßnahmen. Sie können sich vorstellen, wofür mein Herz als Berlinerinnen schlägt.

(Otto Fricke [FDP]: Für Deutschland, hoffe ich! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Für unser Land hoffentlich! Und für die Koalition!)

Ich finde es richtig, diese Aufteilung zu überprüfen.

Eine weitere Bemerkung: Der Bund finanziert in Kontinuität die Programme „Civitas“ und „Entimon“ des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Wie nötig diese Programme sind, zeigt die aktuelle Situation in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die brauchen eher eine neue Regierung!)

– Vorsicht, Vorsicht!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich schweige!)

(C)

Sie alle wissen, dass am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin Landtagswahlen stattfinden. In beiden Bundesländern werden derzeit erschreckende Erfahrungen gemacht mit Vertretern der NPD. Gezielte Störungen von Veranstaltungen, bis hin zu körperlicher Bedrohung und Androhung von Gewalt, können wir als Demokraten nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beifall bei der LINKEN)

Deshalb bitte ich alle Wahlberechtigten: Machen Sie Gebrauch von Ihrem demokratischen Recht auf Stimmabgabe. Viele von Ihnen, die jetzt stimmberechtigt sind, haben vor 17 Jahren auf eine freie, demokratische Wahl gehofft und sind dafür auf die Straße gegangen. Es liegt in Ihrer Hand, ob die NPD in die Parlamente einzieht. Bitte gehen Sie zur Wahl!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Die Beratungen des Haushalts 2007 werden jetzt in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss fortgesetzt. Ich bin sicher, dass wir alle sie in großer Verantwortung wahrnehmen werden. Ich hoffe auf viele Ideen, neue Einsichten, und wünsche uns allen viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte in der Schlussrunde noch einmal auf die Ziele der Haushalts- und Finanzpolitik der großen Koalition hinweisen. Wir wollen bekanntlich zwei Ziele gleichzeitig verwirklichen: nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft. Ich sage sehr deutlich: Dieser Haushalt, den wir in den letzten Tagen in erster Lesung beraten haben, ist ein wichtiger Schritt, um beide Ziele zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich finde es eigenartig, dass sich einige hier hinstellen und sagen, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass wir mit diesem Haushalt die Maastrichtkriterien und Art. 115 unseres Grundgesetzes erfüllen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ist es ja auch!)

– Das mag sein. – Das wird insbesondere von denen gesagt, die an den Sanierungsmaßnahmen nicht mitgewirkt haben.

(Ute Kumpf [SPD]: Ja! – Otto Fricke [FDP]: Welche denn?)